Bei Migration kann Deutschland aus seinen Fehlern der Vergangenheit lernen

Von Christian Osthold

In der wohl schicksalsschwersten Phase ihrer Geschichte blickten die Deutschen einer ungewissen Zukunft entgegen.

Nicht nur hatten sie 1945 ihren Staat verloren, sondern hatte der Verlust der Ostprovinzen einen Exodus biblischen Ausmaßes ausgelöst: Bis September 1950 waren insgesamt 9.5 Millionen Menschen in die westlichen Besatzungszonen geflohen, darunter 7.9 Millionen Heimatvertriebene sowie 1.6 Millionen Zugewanderte.

Bei diesen handelte es sich überwiegend um Reichsbürger, die zum 1. September 1939 in den annektierten Ostprovinzen beziehungsweise auf dem Gebiet der sowjetischen Zone gemeldet gewesen waren. Ein Drittel der Vertriebenen bestand hingegen aus Volksdeutschen, die zuvor in Ost- und Südosteuropa gelebt hatten, darunter die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. Auch damals hatte die Eingliederung der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt höchste Priorität, wurde allerdings insofern erschwert, als ein akuter Mangel an Wohnraum und Lebensmitteln den Alltag bestimmte. Infolge des Potsdamer Abkommens konnte die deutsche Inlandsproduktion lediglich 35 Prozent des Bedarfs an Lebensmitteln sicherstellen.

Nichtsdestoweniger waren die Voraussetzungen insgesamt besser, als es zunächst den Anschein hatte, handelte es sich bei den Flüchtlingen doch um Deutsche, deren Ausbildungsniveau nicht von demjenigen der Einheimischen abwich. Mehr noch als die berufliche Qualifikation wirkte sich begünstigend aus, dass beide Gruppen durch eine gemeinsame Sprache miteinander verbunden waren. Das Zusammenwirken dieser zwei Faktoren war maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Integration von annähernd 9.5 Millionen Menschen innerhalb eines Jahrzehnts erfolgen und die Bundesrepublik damit die Last ihrer „schwersten Hypothek“ schultern konnte.

Ein rapider Bevölkerungsanstieg

Man kann konstatieren, dass die Aufnahme der Vertriebenen trotz großer regionaler Unterschiede in der gesamten Bundesrepublik einen rapiden Bevölkerungsanstieg auslöste. Die Dynamik dieses Wachstums lässt sich gut am Zensus von 1950 nachvollziehen. Sein Beispiel zeigt, dass die BRD bei einer Einwohnerzahl von 49,8 Millionen einen Flüchtlingsanteil von 16,5 Prozent aufwies.

Stellt man diesem Wert nun die Gesamtzahl zwischen 1945 und 1950 nach Westdeutschland Geflohener gegenüber, wird deutlich, dass die Bevölkerungsstärke des trizonalen Besatzungsgebiets zuvor wenigstens 41,6 Millionen betragen hatte, woraus sich für den besagten Zeitraum ein Anstieg von 19,7 Prozent ergibt. Besonders klar treten die Effekte dieser Entwicklung am Beispiel Schleswig-Holsteins zutage. Da das Land insgesamt 859.827 Vertriebene aufnahm, war seine Einwohnerzahl zwischen 1939 und 1950 von 1.53 auf 2.59 Millionen beziehungsweise um 53,8 Prozent gestiegen.

Die Kehrseite der Fluchtmigration

Es fällt indes schwer, sich vorzustellen, ein solches Wachstum wäre ohne nennenswerte Folgen geblieben. Tatsächlich zeigten alle Bundesländer trotz ihres unterschiedlichen Beitrags zur Aufnahme der Flüchtlinge die gleichen Phänomene. Am stärksten wahrnehmbar war eine tiefgreifende Mobilisierung der Gesellschaft. Hinzu kam eine Erscheinung, die man als Kehrseite der deutschen Fluchtmigration bezeichnen kann.

Demnach stießen die Betroffenen zunächst auf die scharfe Ablehnung der ansässigen Bevölkerung. Anstatt die ersehnte Hilfs- und Aufnahmebereitschaft ihrer Landsleute vorzufinden, waren die Flüchtlinge mit Ausgrenzung und Diskriminierung konfrontiert. Nur widerwillig sowie unter dem Druck der alliierten Militärverwaltung erklärten sich die Einheimischen bereit, den unliebsamen Gästen aus dem Osten materielle Hilfe und Obdach zu gewähren.

Deutscher Rassismus gegen Deutsche

Dieses Phänomen hat der Historiker Andreas Kossert als „deutschen Rassismus gegen deutsche Vertriebene“ bezeichnet. In seinem Buch über die Geschichte der Vertriebenen nach 1945 sind zahlreiche Beispiele für die Zurückweisung dokumentiert, die den Flüchtlingen nach ihrer Ankunft entgegenschlug. Dabei zeigt sich, dass Fremdenfeindlichkeit keineswegs nur unter der Landbevölkerung verbreitet war, die infolge des Flüchtlingsstroms die größten Belastungen zu tragen hatte, sondern dass auch staatliche Funktionsträger die Ansicht vertraten, bei den Neuankömmlingen handele es sich um feindliche Invasoren, die sich auf Kosten der Einheimischen bereichern wollten.

In Schleswig-Holstein etwa verunglimpfte der Flensburger Landrat Johannes Tiedje die Vertriebenen 1946 als „Mulattenzucht“; ferner unterstellten er und andere Personen des öffentlichen Lebens den „Preußen“ nicht nur pauschal eine nationalsozialistische Gesinnung, sondern diffamierten sie zudem auch als Angehörige einer minderwertigen Rasse. Welches Ausmaß derartige Schmähungen damals erreichten, belegen die Äußerungen des Journalisten Tage Mortensen, der zur dänischen Minderheit in Schleswig gehörte.

Fremdenfeindliche Polemik

In seiner 1946 herausgegebenen Broschüre „Hitlers Gäste“ schalt er die aus Ostpreußen stammenden Menschen Zöglinge einer „slawisch-germanischen Blutmischung“, die „sowohl rassenmäßig als auch in kultureller und geistiger Hinsicht artfremd in Südschleswig“ seien, und verstieg sich sogar zu der Aussage, ihre Mentalität habe „die Grundlage für die gesamte deutsche Eroberungspolitik von Friedrich dem Großen bis zu Hitler“ geschaffen. Mit derartigen Ansichten standen lokale Größen wie Mortensen keineswegs allein. Selbst Konrad Adenauer drängte 1946 darauf, die Flüchtlinge rasch zu assimilieren, sowie sicherzustellen, dass diese ihren „preußischen Geist nicht in die rheinische Jugend pflanzen.“

Kein Konzept für Migration

Der Umgang der deutschen Bevölkerung mit den Vertriebenen zeigt vor allem eines: Das Interesse an ihrem Schicksal, die generelle Bereitschaft zu Hilfe sowie die Fähigkeit zu offener Anteilnahme waren nach 1945 äußerst gering. Dieser Befund ist nicht nur bedeutsam, weil er das von den Nationalsozialisten konstruierte Narrativ einer verschworenen Volksgemeinschaft als Mythos entlarvt, sondern weil er die Linien des künftigen Umgangs mit jener Migration zog, die in den frühen 1960er Jahren unter islamischen Vorzeichen begann.

Jenes Verhalten, welches sich in Zukunft als paradigmatisch für die Unfähigkeit erweisen sollte, angemessen auf die Herausforderung massenhafter Zuwanderung zu reagieren, beschrieb die Soziologin Elisabeth Pfeil 1948 mit folgenden Worten: „Die Deutschen nahmen das Hineinströmen der Flüchtigen und Vertriebenen in das verbliebene Deutschland zunächst in einer Art Betäubung hin […] Erst allmählich beginnt das deutsche Volk zu sehen, welche Folgen es zu tragen hat, welche Aufgaben ihm erwachsen sind, und dass ihm in der Gestalt des Flüchtlings sein eigenes Bild entgegentritt.

Eine unmissverständliche Warnung

Erkennend, dass diese kollektive Apathie das alliierte Konzept zur Umsiedlung der Deutschen aus Mittel- und Südosteuropa ernsthaft gefährdete, richtete der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, General Lucius D. Clay, am 4. Februar 1947 im Länderrat einen eindringlichen Appell an die versammelten Ministerpräsidenten: „Das künftige harmonische Zusammenleben Ihrer Bürger hängt von der Art ab, wie Sie sie [die Vertriebenen] absorbieren werden. Wenn es weitergeht wie bisher, schaffen Sie sich eine Minderheit, die auf Jahre hinaus Hass und Feindschaft nährt. Sie sollten die Schwierigkeiten kennen, die in der Vergangenheit von Minderheitengruppen verursacht wurden.“

Obwohl sich die Politik in der Folge redlich darum bemühte, die Interessen von Vertriebenen und Einheimischen miteinander zu versöhnen, zeigte die alteingesessene Bevölkerung bis zuletzt kein nennenswertes Interesse oder gar die Bereitschaft, sich für deren Integration einzusetzen. Dass die Eingliederung trotzdem gelang, lag demnach vor allem am eisernen Aufstiegswillen der Flüchtlinge, denen der Soziologe Max Hildebert Boehm einst eine stark ausgeprägte „sozialrestaurative Mentalität“ attestierte.

Integration durch Assimilation

Noch bedeutsamer war das Folgende: Obwohl ihrer Heimat beraubt, lebten die Vertriebenen nach 1945 weiterhin im Land ihrer Vorfahren, dessen Sprache und Kultur sie kannten. Auch waren sie bereit, die Gepflogenheiten und Traditionen der Mehrheitsgesellschaft anzunehmen; nicht zufällig sind die alten deutschen Dialekte des Ostens heute ausgestorben, ist ihre Folklore in Vergessenheit geraten.

Trotz dieser organischen Verbundenheit von Einheimischen und Flüchtlingen achteten die westlichen Siegermächte penibel darauf, diese dezentral anzusiedeln, da man das Lösen sämtlicher sozialer Bindungen bis auf die Ebene der Familie als elementare Voraussetzung für eine erfolgreiche Assimilation erkannte. Dieser aus heutiger Sicht beinahe inhuman anmutende Ansatz erwies sich als wichtiger Faktor einer wirksamen Integration, weil er es Schlesiern, Sudeten und Preußen ermöglichte, Bayern, Hessen und Schleswig-Holsteiner zu werden.

Isolation statt Annäherung

Im Analogieschluss gilt, dass die Aufgabe dieses Grundsatzes zu Beginn der frühen 1960er Jahre, als die ersten Türken nach Deutschland kamen, ein kardinaler Fehler war. Anstatt die Gastarbeiter durch eine entsprechende Verteilung unverzüglich in den sozialen Alltag zu integrieren, zog man es vor, sie vom Rest der Bevölkerung zu isolieren. An die Stelle einer Annäherung an die Mehrheitsgesellschaft trat eine durch den Familiennachzug verstärkte Abschottung – ein Problem, das Helmut Kohl bereits 1982 dazu bewog, eine Reduktion der Anzahl türkischer Migranten um 50 Prozent anzustreben.

Dass es überhaupt dazu kam, lag daran, dass jahrelang keinerlei Pläne dafür existierten hatten, was zu tun wäre, wenn die Gastarbeiter blieben. Diese Passivität darf nicht nur als unumstößlicher Beweis für das Unvermögen der Politik gelten, adäquat auf die von ihr selbst herbeigeführte Zuwanderung zu reagieren, sondern zeigt, dass sie offenbar auch nichts aus der Vergangenheit gelernt hatte.

Eine ernüchternde Bilanz

Dieser Befund lässt sich auch in Hinblick auf die Flüchtlingskrise von 2015 erheben, über deren Folgen sich die Bundesregierung keine vertieften Gedanken gemacht hatte. Freilich ist es gelungen, die seither nach Deutschland gelangten Menschen zu versorgen, doch bleibt noch immer völlig unklar, wie deren Zukunft mittelfristig aussehen wird. Mehr noch als die Politik der Bundesregierung ist das Verhalten der Bevölkerung interessant: Hatte diese nach 1945 und 1961 mehrheitlich mit Desinteresse und Ablehnung auf Zuwanderung reagiert, zeigte sie seit September 2015 mit der aufschäumenden Stimmung kollektiver Euphorie eine gänzlich andere Reaktion, deren affirmativer Charakter ebenfalls auf einer extremen Haltung beruht. Besonnenheit oder gar eine nüchterne Analyse hat es in beiden Fällen nicht gegeben.

Angesichts der neuralgischen Herausforderungen, vor der die Gesellschaft bei der Integration von Migranten in zahlreichen Bereichen steht, täte die Politik gut daran, endlich die Lehren aus jenen historischen Erfahrungen zu ziehen, die Deutschland nach 1945 mit Zuwanderung gemacht hat. Dazu zählte nicht nur, der Bevölkerung deutlich zu sagen, was mit den Flüchtlingen geschehen soll und welche Konsequenzen daraus für die Einheimischen erwachsen, sondern auch anzuerkennen, dass es in der Geschichte der Migration bislang keinen einzigen Fall gegeben hat, in welchem die Integration von Einwanderern nicht auf deren Assimilation hinausgelaufen wäre.

Eine fehlgeleitete Politik

Da diese jedoch offenbar gar nicht angestrebt wird, wäre es interessant zu erfahren, zu welchem Ergebnis die Integration stattdessen führen soll. Die Behauptung allein, Assimilation sei nicht mehr zeitgemäß oder stelle eine unverhältnismäßige Nötigung dar, mag bequem sein, ändert jedoch nichts daran, dass eine Politik, die sich scheut, die Werte und Normen der eigenen Gesellschaft als verbindlichen Maßstab festzulegen, verheerende Folgen hat.

Wie gravierend diese mitunter ausfallen, hat sich zuletzt am 29. September 2018 in Köln gezeigt, wo anlässlich der Einweihung der neuen DITIB-Zentral-Moschee hunderte Menschen dem türkischen Staatspräsidenten huldigten. Dass sie dabei frenetisch das auch von Salafisten nur allzu gern verwendete Mantra „Gott ist groß“ skandierten und sich per Handzeichen mit den rechtsextremen „Grauen Wölfen“ solidarisierten, lässt tief blicken.

Ein solches Verhalten ausgerechnet von einer Migrantengruppe ausgehen zu sehen, deren Angehörige bereits in der vierten Generation in Deutschland leben, ist nicht nur verstörend, sondern offenbart das fulminante Scheitern einer fehlgeleiteten Politik. Wie immer die Konzepte der Bundesregierung zur Eindämmung ihrer zunehmend destruktiv wirkenden Auswirkungen auch aussehen mögen, sollte sie sich klarmachen, dass sie sich bei der Integration keine weiteren Fehlschläge mehr leisten kann.